

Die Entwicklung der Lehre von der politischen Ökonomie und ihre politische Bedeutung

„Politische Ökonomie“ ist der alte Name der Wirtschaftswissenschaft. Wie die „politische Wissenschaft“ wird auch die Lehre von der politischen Ökonomie oft in ein Zwielicht gebracht; man erkennt nicht so recht, soll da eine Wissenschaft politisch „ausgerichtet“ oder soll etwas Politisches, ein politisches Faktum oder Problem, unter die wissenschaftliche Lupe genommen werden. Beides ist zweifellos denkbar, aber es ist eben zweierlei, und man tut nicht gut, es miteinander zu vermengen.

Politische Anlässe, insbesondere wirtschaftspolitische Beschwerden waren es fast stets, die der Wirtschaftswissenschaft ihre neuen Themata gaben. So steht hinter der wissenschaftlichen Fragestellung der politischen Ökonomie, nämlich wie denn eigentlich das Ganze einer Gesellschaftswirtschaft funktioniert, stets die freilich ebenso wissenschaftlich zu behandelnde politische Frage, wie sich ein Zustand verbessern ließe, wie Wohlstand oder Wohlfahrt (Weifare) gesteigert werden könne.

Zur Lösung dieser politischen Probleme trägt die rein theoretische Wirtschaftswissenschaft sehr viel bei, und es ist deshalb eine wichtige Frage, wie sich die Wirtschaftswissenschaft in jüngster Zeit entwickelt hat, speziell solche Zweige, die für das Zentralproblem der politischen Ökonomie, den Ablauf des Gesamtprozesses bei verschiedenen Wirtschaftsstrukturen von besonderer Bedeutung sind.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts begann der Streit um den *wissenschaftlichen Sozialismus*. In verschiedener Form hatte die Nationalökonomie schon seit ihrem Aufblühen im 18. Jahrhundert die Lehre vertreten, daß eine Schicht, die nur ihren notwendigsten Lebensbedarf in Anspruch nimmt, einer andern ein arbeitsloses Einkommen abtreten könne, sofern nur die Produktivität der Arbeit so hoch sei, daß die Arbeitenden mehr erzeugen, als eben dieser Grundbedarf darstellt. Die *Physiokraten* hatten darauf ihre Rente der Bauern an die besitzende Klasse der Grundherren begründet, weil sie diesen Überschuß zu erzielen vermochte. Die *Klassiker* hatten den Lohn aus der Konkurrenz der allzu zahlreichen Armen erklärt, die die Arbeiter zwingen, sich stets mit dem Existenzminimum zufrieden zu geben. Später nannte *Lassalle* diese Lehre das *Ehernen Lohngesetz*. *Marx* hat auf demselben Grundgedanken seine Theorie des Preises in der kapitalistischen Wirtschaft aufgebaut, deren Thesen die Mehrwertlehre und die Lehre vom Ausgleich der Profitrate waren.

Auf dem Fundament dieser Preistheorien, die alle das Prinzip der Preistheorie einer kapitalistischen Wirtschaft der Arbeitswertlehre einer Wirtschaft freier Konkurrenz gegenüberstellten, bauten sich dann die weiteren ökonomischen Lehren auf, sowohl die Kritik der Physiokraten an der merkantilen Wirtschaftspolitik, die die Konkurrenz nicht hochkommen ließ, wie die Politik der Sozialisten, die gerade die Marktwirtschaft mit ihrer Konkurrenz für die Lage der Arbeiterklasse verantwortlich machten. Den Widerspruch zwischen der alten liberalen und der sozialistischen Ökonomie löste erst um die Wende des 20. Jahrhunderts *Franz Oppenheimer* in seiner Theorie der reinen und politischen Ökonomie, in der er zeigen konnte, daß nicht die freie Konkurrenz die Ursache der niedrigen Löhne des 19. Jahrhunderts war, sondern vielmehr die Beschränkung der Konkurrenz durch die gesellschaftliche Spaltung in Besitzende und Nicht-Besitzende, so daß die sozialpolitische Forderung nicht mehr zu lauten brauchte: Fort mit der Marktwirtschaft, sondern im Gegenteil: Fort mit dieser Hemmung der Konkurrenz, nicht Kommunismus, sondern liberaler Sozialismus. Diese Synthese von Liberalismus und Sozialismus war die geradlinige Entwicklung der klassischen politischen Ökonomie, die heute ihre weitere Ergänzung in soziologischer Morphologie findet, wie sie auch im freiheitlichen Sozialismus zum Ausdruck kommt.

DIE LEHRE VON DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Wenn man nun die Entwicklung der theoretischen Nationalökonomie seit etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts ansieht, so bekommt man den Eindruck, daß sie sich ganz von der politischen Ökonomie weg entwickelt hat. Man datiert die moderne Theorie zumeist mit der Entdeckung der Grenznutzenlehre durch *Gossen* 1854 und ihren Durchbruch in allen Nationen in den Werken von *Walras*, *Jevons* und *Menger*, *Wieser* und *v. Böhm-Bawerk* in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Das unstreitbare Verdienst dieser Schulen war die Präzisierung der Preistheorie, die dann auch eine Mathematisierung ermöglichte. Man ging auf eine ähnliche Grundlage zurück, wie es die Klassiker in der Arbeitswerttheorie getan hatten. Waren diese zuerst auf das Teilproblem der Preise der durch Arbeit beliebig vermehrbaren Güter eingegangen, so beschränkte man sich jetzt in den ersten Kapiteln der Theorie auf die subjektive Beziehung des bedürftigen Menschen zum begehrten Objekt, gleichgültig, ob dieses ein Produkt der Arbeit oder freie Gabe der Natur war. Man formulierte exakt die Bedingungen, unter denen jeder einzelne bei gegebenen Ausgangsbedingungen seine Bedürfnisse soweit wie möglich befriedigt: Jeder kauft an Konsumgütern so viel von den einzelnen Gütern, daß in jedem Falle der letzte ausgegebene Pfennig den gleichen Grenznutzen bringt („Zweites Gossensches Gesetz“).

Der mathematische Grundgedanke dieser Lehre, der sich auch bei den Nichtmathematikern durchsetzte, findet sich nicht nur im Zweiten Gossenschen Gesetz, er kommt ebenso in der Kostentheorie zur Anwendung. Den Grundzug dieser Theorien können wir darin erblicken, daß ein Markt, wenn er nicht weiter durch Eingriffe eines lenkenden Staates gestört wird, einem Gleichgewicht zustrebe, das eben in der Maximierung der Befriedigung liegt, die jeder einzelne unter den gegebenen Bedingungen zu erreichen vermag.

Diese Theorie des Marktgleichgewichtes hat die letzten Jahrzehnte beherrscht. Sie hat im Grunde eigentlich keinen politischen Einschlag, aber sie ist in Verkennung ihres Grundcharakters von Anfang an als Gegentheorie gegen den Marxismus verwendet worden. Böhm-Bawerk glaubte mit ihr die Arbeitswerttheorie widerlegen zu können; aber er tat das für ein Wirtschaftsmodell, für das niemand je die Geltung der Arbeitswerttheorie behauptet hatte.

Diese Theorie ist in allen Kulturländern weiter ausgebildet worden. Preistheorie im engeren Sinne, Theorie der beschränkten Konkurrenz, Kostentheorie, Theorie des internationalen Handels, Konjunkturtheorie usw. sind zu imposanten Lehrgebäuden entwickelt worden. Auch die Lohntheorie wurde auf der Grundlage dieser Theorie sehr gefördert. Und doch hat man bei dieser Theorie von Anfang an einen ganz bestimmten Mangel empfunden. Die Kritik äußerte sich in verschiedener Form; die einen meinten, an ihrer abstrakten Form Anstoß nehmen zu müssen und forderten eine mehr empirische Forschung, neigten der historischen Schule zu; andere suchten den Mangel der Empirie in der Vermehrung statistischer Forschung zu beheben.

Eine Zeitlang schien es, als läge der Fortschritt ganz in der Synthese dieser theoretischen und vermehrter statistischer Forschung. Jedoch enthält der Ansatz der modernen Nutzwerttheorie eine ganze Reihe von einschneidenden Vereinfachungen und willkürlichen Fiktionen, und jede dieser Fiktionen birgt den Keim zu wesentlichen Neuerungen. Auf dieser Basis ist die Ökonometrie ein gutes Stück vorwärts gekommen. Aber auch die ökonometrische Forschung bevorzugt die Untersuchung marktwirtschaftlicher Zusammenhänge; denn da bot eben die Theorie in höherem Maße Einsichten in quantitative Zusammenhänge als anderswo.

Die fruchtbaren Ideen der Nutzwerttheorie haben die Nationalökonomien einer ganzen Reihe von Jahrzehnten nahezu ausschließlich beschäftigt. Immerhin haben schon die Begründer der modernen Schulen gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Grenzen ihrer Theorien gekannt. *Pareto* wußte von Anfang an, daß seine marktwirtschaftliche

Gleichgewichtstheorie die Frage nach der besten Wirtschaftsverfassung nicht lösen konnte. Es könnte ja sein, daß der Gesamtzustand der Gesellschaft unter anderen Strukturbedingungen besser ist. Der Paretianischen Theorie wie überhaupt diesem ganzen Theorietypus fehlt aber das Wertkriterium, der Maßstab, nach dem man das überhaupt beurteilen kann.

Max Weber fordert von der reinen Theorie, daß sie sich in ihren Deduktionen nicht durch Werturteile über den Gesellschaftszustand, den sie erklärt, beeinflussen ließ. Aber das Problem der Bewertung von Gesellschaftszuständen ist nichtsdestoweniger ein wissenschaftliches Anliegen. Ihm widmete sich die etwa seit Beginn unseres Jahrhunderts aufkommende „*Welfare-Ökonomie*“. Diese Lehre hat erst in den letzten beiden Jahrzehnten wieder einen Auftrieb erfahren. Dabei wurde erkannt, daß die Beurteilung eines Gesellschaftszustandes, auch wenn man sich auf die wirtschaftliche Seite beschränkt, zu sehr verzweigten Überlegungen zwingt, und daß es kaum ein einfaches Kriterium gibt.

Insbesondere sind es zum mindesten zwei Umstände, die im Auge behalten sein wollen; neben der Vermehrung der Konsumgüter spielt deren Verteilung eine entscheidende Rolle. Man kann die Frage, ob sich der Wohlstand einer Gesellschaft oder einer Gesellschaftsgruppe vermehrt hat, nicht einfach daran ablesen, ob die Menge der Güter zugenommen hat oder nicht. Die Bedeutung eines solchen Zuwachses kann verschieden sein, je nachdem welchem einzelnen bzw. welcher Gruppe er zufließt. Besitzt man die Möglichkeit, genaue Angaben darüber zu machen, wieweit eine Mehrung kleiner eine Minderung großer Einkommen rechtfertigt?

Der Zustand einer Gesellschaft ist nach einer Änderung vorzugswürdig, wenn zwei Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: Wenn die durch diese Veränderung reicher werdende Gruppe der ärmer werdenden zahlen kann, was sie verliert, und wenn die ärmer werdende Gruppe die reicher werdende nicht zum Verzicht auf die Änderung veranlassen kann, indem sie ihr zahlt, was sie mehr bekommen würde, ohne dadurch schlechter zu stehen als nach der Veränderung. — Auch hier kann die reicher werdende Gruppe die ohnehin reichere sein, und es bleibt somit unentschieden, ob die Verteilung nicht nach der Veränderung ungleicher ist als vorher. Daß sich die ärmer werdenden trotzdem mit dem Zustand abfinden, weil er das kleinere Übel ist, bedeutet keine Freiwilligkeit bei der Anerkennung, sondern stellt einfach einen Zwang der Verhältnisse dar. Hinzu kommt aber noch ein weiteres Bedenken, das allerdings den Autoren der Lehre bekannt ist. Das Kriterium kann zugleich für beide verglichenen Zustände erfüllt sein; und dann versagt es eben, und zwar, ohne daß man sagen könnte, die Unterschiede seien gering genug, um vernachlässigt werden zu können. Diese Eigentümlichkeit hängt mit Unbestimmtheiten zusammen, die in der Art des möglichen Vergleichs liegen und die auch noch aus einem anderen, sehr wichtigen Gebiet der Nationalökonomie auftreten, nämlich im Bereiche der Preisindexzahlen. Auch da gibt es eine Zone der Unbestimmtheit, weil man der Natur der Sache nach fiktive und reale Umsätze vergleichen bzw. willkürlich die Gewichte wählen muß, die man den Mittelwerten der Preisveränderungen zugrunde legen kann.

Die Lehren der *Welfare-Wirtschaft* zwingen, die Ethik in die Nationalökonomie einzubeziehen. Diese ethische Diskussion wird ausgelöst durch den Versuch, gesellschaftliche Zustände als Ganzes zu werten, und dazu bedarf es eben interindividueller Wertkriterien.

Die *Welfare-Ökonomie* führt über die Grenze der wertfreien Theorie hinaus, indem sie die Globalbewertung gesellschaftlicher Zustände in die Wirtschaftswissenschaften einbezieht, sie steht aber noch ganz auf dem Boden der Fiktionen der modernen Preistheorie. Ihr Anwendungsbereich ist jedoch nicht etwa auf einen bestimmten Theorietypus begrenzt, sie gilt für alle gesellschaftlichen Zustände. Insbesondere hat die schulgemäße Trennung zwischen der während des Ablaufes feststehend gedachten Daten und

DIE LEHRE VON DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

den Variablen die Entwicklung der Theorien sehr gehemmt. In der dynamischen Theorie erscheinen die „Daten“ als Variable im interdependent und im zeitlichen Ablauf gesehenen Gesamtsystem. Durch die Aufwerfung dieses Problems wird eine Grenze der älteren Theorie berührt, die nur durch grundstürzende Erneuerung der Hypothesen überschritten werden kann.

Einen Beitrag besonderer Art zur Überwindung bestimmter Grenzen aller bisherigen Wirtschaftstheorie leistet in der jüngsten Entwicklungsphase die „Spieltheorie“, mit der 1928 *John von Neumann* erstmalig an die Öffentlichkeit trat.

Besinnen wir uns einmal zurück auf die paretianischen Daten der Preistheorie. Sie enthalten u. a. die Bedingung, daß der einzelne nur über den Markt zu anderen in Beziehung treten kann. Er darf nur tauschen bzw. kaufen und verkaufen. Unter dieser Voraussetzung läßt sich dann das Problem des rationalen Handelns als reines Ertragsmaximum- oder Kostenminimumproblem lösen. Das neue Problem ergibt sich, wenn man die Ordnung selbst zur Wahl stellt. Die empirische faktische Marktordnung enthält kein Kriterium, nach dem die ökonomischen Machtverhältnisse der Einzelwirtschaftler politisch zu beurteilen sind, und die bloß individualistisch strukturierten Nur-Marktwirtschafts-Modelle können einen Maßstab für die Beurteilung nicht abgeben. Probleme, die in den Daten oder außerhalb des Modells liegen, können eben mit Hilfe dieser Theorie nicht angegangen werden. Jede Erwägung, ob man etwa eine irgendwie geartete Koalition eingehen soll, ob man sich mit anderen Einzelwirtschaften fusionieren oder ein solches Verhältnis lösen soll, gehört hierher. Eines der ersten Probleme dieser Art war das des Dyopols. Man sah es zunächst unter dem Gesichtswinkel eines Sonderfalles der Preisbildung, erkannte dann aber bald, daß hier eine Gleichgewichtssituation, wie etwa bei Konkurrenz oder einseitigem Monopol, nicht vorliege. Dies mußte zu der Erkenntnis führen, daß die Voraussetzungen der allgemeinen Preistheorie nicht allen Situationen gerecht werden konnten. Man hat eine Reihe von Sonderfällen als gleichgewichtslose Märkte bezeichnet. Diese Feststellung aber bedeutet, daß die statische Theorie hier zur Erklärung nicht ausreicht.

Faktisch kommt natürlich auch bei Dyopolsituationen und in ähnlichen Lagen ein Gleichgewichtszustand zustande. Da gibt es z. B. die Möglichkeit, daß sich die Dyopolisten fusionieren und als Monopolisten weiter existieren. Beim bilateralen Monopol gibt es die Möglichkeit, daß sich die beiden Marktkontrahenten vertikal zusammenschließen und das Marktgebilde überhaupt zum Verschwinden bringen. Andererseits gibt es auch die Stackelbergsche Möglichkeit, daß lenkende Stellen nach öffentlichen Wertkriterien Preise vorschreiben; sie erhalten dann den Markt als Institution, nehmen aber den Kontrahenten die Freiheit der Konkurrenz.

Das sind Speziallösungen, die aber das klassische System der Markttheorie sprengen, weil sie das einheitliche Prinzip preisgeben. Wenn man nun schon einmal weiß, daß diese klassische Einfachheit durch eine gewaltsame Fiktion über die typische Natur der Einzelwirtschaftler geradezu erzwungen worden ist, dann drängt sich der Gedanke auf, die auftretenden Mängel an der Wurzel zu fassen. Dazu aber mußte man die Prinzipien des Handelns kritisch revidieren. Und das ist der Kern der Spieltheorie.

Vergleicht man die neueste Entwicklung der Theorie mit der Theorie der elementaren Modelle, die den Gegenstand der einfachen klassischen Theorie bildeten, so bekommt man zunächst den erschreckenden Eindruck der Auflösung. Es ist kaum eine These, die noch vor wenigen Jahrzehnten als gesicherte Erkenntnis angesehen wurde, die nicht heute in ihrer Absolutheit bezweifelt würde und nur unter sehr speziellen Bedingungen als haltbar anerkannt würde. Aber gerade diese Erkenntnis der besonderen Bedingungen macht den Fortschritt aus. Es gilt auch umgekehrt, daß kaum eine klassische Theorie nicht als wohlbestimmter Sonderfall anerkannt würde, und das zeigt, daß der Blick der Klassiker für das Wesentliche sehr scharf war.

Die Populärnationalökonomie allerdings hat diese Grenzen recht häufig verwischt; und auch die gängigen Lehrbücher sind nicht frei von dieser unkritischen Wiedergabe der Theorien. Bis zu einem gewissen Grade liegt das in der Natur der Sache; denn Lehrbücher sind in ihren ersten Kapiteln stets Elementarbücher, die sich auf das Einfachste beschränken. Sie dürfen nur nicht bei den Elementen stehenbleiben, sondern müssen zum Verständnis des neuesten Standes der Wissenschaft führen. Nun kommt aber eine sehr interessante soziologische Tatsache hinzu, die für politische Wissenschaften charakteristisch ist. Die einfachen Lehren sind besonders geeignet, lapidare Schlagworte der Politik plausibel zu machen.

Wir haben nur die Entwicklung der Haupttheoreme der politischen Ökonomie in unsere Betrachtung einbezogen und nur die Hypothesen hervorgehoben, die für die Entwicklungsstufen der Theorie entscheidend waren. Dadurch ist vieles in den Hintergrund getreten, was in der Praxis u. U. den Vordergrund einnimmt. Dennoch kann ich mich bei der Heraushebung einiger aktueller Streitfragen kurz fassen.

Sieht man die gegenwärtigen Programme der gegnerischen Parteien an, so bemerkt man eine starke Annäherung der wirtschaftlichen Auffassungen. Daß der alte Interessengegensatz noch der gleiche ist, bemerkt man an dem Kampf, der um die Gewerkschaften entbrannt ist. Nur in den Auffassungen von den Wirtschaftsverfassungen hat man sich auf beide Seiten von dem „Alles-oder-Nichts“-Standpunkt abgewandt. Man weiß, daß man die Marktwirtschaft nicht beseitigen muß, um die Gesellschaftswirtschaft reformieren zu können; man weiß auch, daß die Freiheit der Wirtschaft nicht in der Schrankenlosigkeit und Willkür der Starken besteht. Seitdem die Morphologie der Gesellschaft in ihrer Bedeutung für die Wirtschaft erkannt worden ist und zum Gegenstand politischer Bemühungen wird, verliert die Theorie des Ablaufs im morphologisch vereinfachten Modell sehr an politischer Bedeutung. Oft ist der Streit um veraltete politische Positionen nur noch Blickfang, um von den Brennpunkten der gegenwärtigen Auseinandersetzungen abzulenken. Das mangelnde Interesse der Bevölkerung oder breiter Schichten an politischen Auseinandersetzungen erklärt sich zu einem guten Teil daraus, daß die entscheidenden Kämpfe sich gar nicht in der Öffentlichkeit vollziehen.

Ich bin nicht näher auf den Streit um *Keynes* eingegangen, weil er wissenschaftlich längst entschieden ist. *Erich Schneider* hat das kürzlich in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik sehr klar dargestellt. *Keynes* hat das Augenmerk auf Situationen gelenkt, die in den älteren Schulen nicht das Interesse gefunden hatten, das ihnen zukommt. Eine falsche Kreditpolitik kann unter gewissen Umständen zu einer Unterbeschäftigung führen, aus der die Marktwirtschaft kapitalistischer Prägung nicht durch das natürliche Gleichgewichtsstreben herauskommt. Unter solchen Voraussetzungen vermag dann eine Lenkung über monetäre Faktoren durch planvolle Steigerung des Kreditvolumens über den toten Punkt hinauszuführen. Aber es besteht die Frage, ob es nicht neben der Gefahr der Inflation auch eine Gefahr der Deflation gibt.

Unter anderen historischen Bedingungen bestehen andere ökonomische Probleme. Welche Gefahr droht, kann nur die Analyse der jeweiligen Situation zeigen.

Die Theorie hat neuartige Untersuchungsmethoden entwickelt, die geläufigen Methoden sind wesentlich verfeinert und vertieft worden. Die Ökonometrie z. B. gibt Methoden in die Hand, die eine quantitative Durchleuchtung des Wirtschaftsprozesses ganzer Volkswirtschaften ermöglicht. Die Spieltheorie eröffnet neue Perspektiven, die Enge des bisherigen Ansatzes zu sprengen, und zwar sowohl für die Analyse des rationalen Verhaltens der wirtschaftenden Individuen wie für die gesellschaftlichen Strukturen. Die Schwierigkeiten liegen jedoch nicht in dem Rechnen mit Formeln, sie liegen eben in dem Ansatz der Formeln, und der ist nicht so sehr Sache des Mathematikers als des Nationalökonomen.